

26. Mai 2011
bis
6. Juni 2011

Die Frankfurter Fondsgesellschaft **Universal-Investment GmbH** plant den Einstieg ins Immobiliengeschäft. Vorgesehen ist die Gründung einer Immobilienplattform als Erweiterung des Master-KAG-Angebots für institutionelle Investoren. Im Immobilienbereich will man sich auf die Strukturierung, Auflage und Administration von Immobilienspezialfonds konzentrieren, Publikumsfonds bleiben dagegen bei dem neuen Angebot außen vor. Ziel sei es, mittelfristig 15 Prozent Marktanteil zu erreichen. Im Herbst dieses Jahres sollen die ersten Projekte umgesetzt werden. Darüber hinaus ist vorgesehen, bestehende Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften (KAGs) als Partner zu gewinnen, um deren Fondsadministration zu übernehmen.

Ende Mai dieses Jahres billigte der federführende Ausschuss im **EU-Parlament** in wesentlichen Punkten eine vom ursprünglichen Vorschlag der **EU-Kommission** abweichende Fassung der Novelle der **Einlagensicherung** in Europa. Demnach würde den **Genossenschaftsbanken** und **Sparkassen** ein größerer Spielraum bei der Ausgestaltung des Schutzes der Sparer eingeräumt: So ist vorgesehen, dass die **Institutssicherung** gleichberechtigt neben der Einlagensicherung im Sinne eines reinen oder gemischten Modells anerkannt wird. Um im Entschädigungsfall genug Reserven bereitzuhalten, sieht der Entwurf des EU-Parlaments generell den Aufbau von Sicherungsfonds vor, die in den kommenden 15 Jahren mit 1,5 Prozent der gedeckten Einlagen dotiert werden sollen. Damit soll eine Absicherung von bis zu 100 000 Euro pro Sparer gewährleistet werden.

Im Juni dieses Jahres soll die erste Testphase des **Dollar-Euribor** starten, einem Referenzzins, der die Kosten einer Dollar-Refinanzierung in der Eurozone messen soll. Die zur **European Banking Federation (EBF)** in Brüssel gehörende Organisation **Euribor-EBF**, die den Euro-Geldmarktzins Euribor (Euro Interbank Offered Rate) als Referenz für Geldmarkttransaktionen in Euro börsentäglich ermittelt, sieht eine Einführung im September dieses Jahres vor. Der Dollar-Euribor soll zu den bekannten Laufzeiten von einer Woche bis einem Jahr gestellt werden.

Eine strategische Allianz sind die auf Performance Management und Vergütung ausgerichtete Unternehmensbera-

tung **Hostettler, Kramarsch & Partner (HKP)** und **Pay Governance LLC**, eine unabhängige Executive Compensation Beratung mit Hauptsitz in New York, eingegangen. Zusammen arbeiten will man bei der Ausgestaltung und der Entwicklung von Vergütungsprogrammen für Unternehmen in den USA, Kanada und in Europa.

Das Platzierungsgeschäft bei Börsengängen und Kapitalerhöhungen sowie Umplatzierungen bietet die **Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA**, Frankfurt am Main, nur noch passiv an. Im Jahr 2009 war das Institut mit zunächst 40 Prozent beim britischen Anbieter **Cazenove** eingestiegen, um diesen Geschäftsbereich für sich zu erschließen. Der Anteil wurde auf zuletzt bis zu 60 Prozent ausgebaut und soll weiter ansteigen. Der Rückzug erfolge nun, weil für das IPO-Geschäft keine Akzeptanz im Markt gewonnen werden konnte. Nicht aufgegeben wird dabei das klassische M&A-Geschäft. Ausgebaut werden soll das hauseigene Research, zudem will die Frankfurter Privatbank mit der Eröffnung einer Niederlassung in Köln am dortigen Markt stärker mit dem mittlerweile zur Deutschen Bank gehörenden Privatbankhaus **Sal. Oppenheim** in den Wettbewerb treten.

Mit dem Ziel, die Auto- und Konsumentenfinanzierung der Sparkassen-Finanzgruppe zu bündeln, ist zum 1. Juni dieses Jahres die **S-Kreditpartner GmbH**, Berlin, gestartet. **Landesbank Berlin (LBB)** und **Deutsche Leasing (DL)**, Bad Homburg, bündeln in der gemeinsamen Tochtergesellschaft ihre bisherigen Aktivitäten in diesem Geschäft. Vertriebspartner der neuen Bank sind die Sparkassen und der Auto- und Freizeitfahrzeughandel in Deutschland. In den 340 kooperierenden Sparkassen, von denen gut 30 ihr Konsumentenkreditgeschäft auf das neue Angebot umgestellt haben, werden die Produkte S-Privatkredit und S-Autokredit angeboten. Für den Auto- und Freizeitfahrzeughandel bietet das neue Unternehmen Lösungen für die Einkaufsfinanzierung an (siehe auch Interview Netzel in diesem Heft).

Über zahlreiche Unzulänglichkeiten der geplanten EU-weiten **Stresstests** für Banken haben sich die im **Zentralen Kreditausschuss (ZKA)** zusammengeschlossenen Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft beschwert. In einem entsprechenden Schreiben an die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** und die **Deutsche Bundesbank** werden mehr als 20 technische und logische Mängel der für den Text auszufüllenden Tabellen aufgelistet. Darunter befinden sich etwa die Abfrage redundanter Informationen, fehlende oder fehlerhafte Formeln für Berechnungen, uneinheitliche Vorgaben oder auch unverständliche Definitionen. Die kritischen Anmerkungen, so wird in dem ZKA-Schreiben betont, richten sich in erster Linie an die **European Banking Authority (EBA)**.

Wahrscheinlich Anfang Juli dieses Jahres könnte die nächste Tranche des Euro-Hilfsprogramms für **Griechenland** im Volumen von zwölf Milliarden Euro freigegeben werden. Zu diesem Schluss kam die Prüf-Troika aus Vertretern der **EU-Kommission**, der **Europäischen Zentralbank** und dem **Internationalen Währungsfonds (IWF)**. Bis dahin müssen noch finanzielle Modalitäten ausgehandelt und die offizielle Billigung des IWF-Exekutivrats und der Eurogruppe eingeholt werden. Die Troika hatte festgestellt, dass die in dem Land verabschiedeten Maßnahmen sicherstellen können, dass das griechische Banksystem liquide bleibe.

Nach monatelangen Ermittlungen klagt die Staatsanwaltschaft München im Zusammenhang mit der Übernahme der österreichischen **Hypo Group Alpe Adria (HGAA)** den früheren Vorstand der **Bayerischen Landesbank (Bayern-LB)**, München, wegen Untreue an. Die Vorwürfe, die Kärntner Landesbank wesentlich zu teuer erworben zu haben, richten sich gegen acht betroffene Personen, darunter der ehemalige Vorstandsvorsitzende Werner Schmidt und der frühere Finanzvorstand Dr. Michael Kemmer, seit Oktober vergangenen Jahres Hauptgeschäftsführer des **Bundesverbands deutscher Banken (BdB)**, Berlin. Der Fehlkauf hatte den bayerischen Steuerzahler insgesamt 3,7 Milliarden Euro gekostet, nachdem der österreichische Staat die HGAA Ende 2009 auffangen musste, um einen Zusammenbruch abzuwenden.